

Darf man den Schulpolitikern vertrauen?

Sexualerziehung:

Politiker fordern Blankoscheck von den Eltern

In Podiumsdiskussionen, Vorträgen oder Fragestunden mit Bürgern sagen die für Sexualkunde zuständigen Politiker stets dasselbe: Man solle vertrauen, dass das Wohl der Kinder im Fokus der Erziehung stünde.

Geradezu wütend werden diese Politiker, wenn Eltern sich beklagen, in den Schulen würde Frühsexualisierung betrieben, denn die Kinder würden mit Inhalten und Details des Sexuallebens konfrontiert, für die sie nicht vorbereitet sind. Stets antworten sie dann: *Das seien Unterstellungen, und falls so was mal vorgekommen sei, wären das Einzelfälle.*

Vor allem in Hessen hört oder liest man ständig solche Sprüche seitens unserer Politiker seit Inkrafttreten der neuen "Richtlinien für die Sexualerziehung" im Spätsommer 2016.

Darf man diesen Politikern vertrauen? Ist die Kritik an der Sexualkunde oder den neuen Lehrplänen überzogen?

Dazu einige (von vielen) Überlegungen:

1. **Wenn Eltern ihre Kinder zur Schule schicken, vertrauen sie dem Schulsystem und damit den Schulpolitikern das wertvollste an, was sie haben.** Es ist also völlig vernünftig und sogar angebracht, dass sie diesen Politikern kein grenzenloses Vertrauen schenken. Wenn man Güter anderen anvertraut, wie etwa Geld der Bank, ein Haus dem Mieter, den Wagen einer Werkstatt etc., will man auch irgendwelche Garantien haben. Diese Grundhaltung ist vernünftig und entspricht der menschlichen Natur.
2. Die übliche Haltung der Politiker in den Debatten über den Sexualkundeunterricht an den Schulen kann nur Misstrauen wecken.

Analysieren wir den Fall Hessen als aktuelles Beispiel:

- **Gegen die "Richtlinien zur Sexualerziehung" für die Hessischen Schulen gab es von vielen Seiten heftige Kritik** (Katholische Kirche, Elternbeiräte, Philologenverband, etliche Vereine und Organisationen wie "Kinder in Gefahr" etc.).
- **Die zuständigen Politiker haben bis heute auf diese Kritikpunkte nicht angemessen geantwortet.** In den Antworten von Kultusminister Ralph Alexander Lorz, CDU-Generalsekretär Manfred Pentz, CDU-Fraktionschef im Landtag Michael Boddenberg und anderen wurde nicht auf die Argumente gegen den neuen Lehrplan ernsthaft eingegangen.

Diese Politiker handeln nach dem Motto "*Vogel, friss oder stirb*". Offensichtlich betreiben sie eine Strategie der sogenannten "*asymmetrischen Demobilisierung*": Man spricht nicht über die Themen, die einen angreifbar machen, damit der politische Gegner seine eigene Basis nicht mobilisieren kann.

Doch im Falle des neuen Lehrplans für Hessen unternimmt die CDU (sie ist zurzeit zuständig für die Bildungspolitik) diese Strategie der "asymmetrischen Demobilisierung" gegen die eigene Basis! Im Grunde will sie den Konflikt aussitzen.

Rein politisch ist diese Strategie falsch, weil die Schulpolitik in der Regel das wichtigste Thema in Landtagswahlen ist. Zu erwarten, dass sich die Menschen einfach abfinden, ist seitens der CDU einfach naiv.

Vor allem ist diese Strategie jedoch nicht geeignet, Vertrauen zu wecken. Anstatt die Menschen mit Argumenten zu überzeugen, will die Landesregierung die Menschen einlullen. Unsere Schulpolitiker bemühen sich geradezu, Misstrauen zu wecken.

3. **Wenn die Politiker den Sexualkundeunterricht so toll und unbedenklich finden, ist nicht erklärlich, wieso er nicht als Wahlpflichtkurs angeboten wird.** Das wäre naheliegend, denn dieser Unterricht ist im Grunde ein sog. "Querschnittsthema", wie auch Menschenrechte, Demokratieverständnis etc.

Um beim hessischen Lehrplan zu bleiben:

- Eines der umstrittensten Punkte ist die Forderung (!) nach Akzeptanz "sexueller Vielfalt". **"Sexuelle Vielfalt" ist nichts anderes als eine Umschreibung für Gender.**

Die Politiker könnten so argumentieren: Es wäre gut, dass die Schulkinder "sexuelle Akzeptanz" akzeptieren. Dafür werden wir Wahlpflichtkurse anbieten. Die Eltern sollen dann entscheiden, ob ihre sechsjährigen Kinder dort zum Beispiel lernen sollen, was gleichgeschlechtliche Partnerschaften sind (das sieht der neue Lehrplan nämlich vor).

Die Schulpolitiker bieten diese Wahlfreiheit nicht an, weil sie wissen, dass viele Eltern das nicht akzeptieren werden. Dieser Unterricht muss deshalb verpflichtend sein.

? Kann man aber dann ernsthaft behaupten, eine Indoktrinierung sei nicht angestrebt?

? Kann man von den Eltern unter diesen Umständen blindes Vertrauen verlangen?

Natürlich nicht.

- **Diese Forderung nach einem Blankoscheck ist im Grunde nichts anderes als ein Kaschieren der brutalen Macht, mit der man bei der Durchsetzung der Gender-Lehrpläne vorgeht.**

→ Damit will man lediglich verhindern, dass das Ohnmachtsgefühl der Eltern eines Tages in blanke Wut umschlägt.

Petition an Volker Bouffier
unterschreiben